

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Dreyer,

eine inzwischen – auch von Ihnen – forcierte Politik der ‚Lockerungen‘ stößt bei uns auf Kritik und entschiedenen Widerspruch. Nachdem Rheinland-Pfalz sich zunächst – z.B. im Unterschied zu NRW – durch eine bedächtigeren Politik gegenüber den Forderungen nach ‚Lockerungen‘ auszeichnete und dem Schutz der Bevölkerung größeres Gewicht gab, scheint diese Politik kurz vor den Wahlen zu den Akten gelegt.

Das RKI warnt vor einer dritten Welle der Epidemie und vor steigenden Infektionszahlen gerade bei jungen Menschen. Zudem ist inzwischen deutlich geworden, dass Verläufe auch bei jüngeren Menschen schwerwiegend und mit Langzeitfolgen verbunden sind. Im Herbst des letzten Jahres haben – im Unterschied zur Bundeskanzlerin – Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen den Ernst der Lage verkannt und entschlossenes Handeln verhindert. Das Ergebnis war eine zweite Welle mit zehntausenden von Toten und noch mehr Kranken, die an Langzeitfolgen leiden. Und selbst die – immer wieder gegen den Schutz vor gesundheitlichen Schäden bemühten – wirtschaftlichen Folgen dürften schwerwiegender gewesen sein als bei einem wirklich entschiedenen ‚Lockdown‘ von etwa vier Wochen.

Die aktuell steigenden Zahlen weisen auf eine dritte Welle oder gar eine neue Form der Pandemie hin. Sie unterscheidet sich von den beiden ersten Wellen dadurch, dass Mutanten die Zahl der Infektionen noch weiter nach oben treiben und auch zu einer zunehmenden Zahl schwerer Verläufe bei jüngeren Menschen führen könnte, während die Impfung bei älteren Menschen erste Erfolge zeigt und die Todeszahlen derzeit sinken. Dies erweckt den trügerischen Eindruck, das Virus sei unter Kontrolle und ‚Lockerungen‘ könnten forciert werden. In der neuen Situation dürfte aber genauso gelten, was schon bei den ersten Wellen zu beobachten war: Eine Welle verläuft täuschend langsam an und steigt exponentiell.

Trotz unterschiedlicher wissenschaftlicher Positionen dürfte klar sein: Die Reduktion von Kontakten unterbricht die Infektionsketten. Wir können nicht erkennen, dass die Möglichkeiten, Kontakte nachzuverfolgen und striktere Quarantäne zu organisieren, angemessen vorangetrieben worden wären. Statt dessen steht Öffnung auf dem Programm: in Kitas, Schulen, bei Friseuren und bei all dem, was folgen wird. Auch wenn ‚Lockerungen‘ mit Schutzkonzepten verbunden sind, ändert das nichts daran, dass mehr Kontakte auch zu mehr Infektionen führen werden, ohne dass sie hinreichend zurückverfolgt werden können. Besonders unverständlich ist, dass ‚Lockerungen‘ in einer Situation durchgesetzt werden sollen, in der der Impfschutz in Reichweite ist.

Was immer letztlich den Ausschlag zu dieser gefährlichen Politik gegeben haben mag, sie steht im Zusammenhang mit dem Ruf nach ‚Lockerungen‘, der von Menschen, die ‚genug haben‘, bis hin zu gut organisierten und trotz Krise gut finanzierten und sich lautstark äuernden Lobbykampagnen reicht, was von der Friseurbranche besonders erfolgreich betrieben wurde. Und was für die Friseure gilt, muss dann auch für andere Branchen gelten. Alles andere wäre dann wieder Ungleichbehandlung und Unrecht. Den Argumentationsdruck, unter den die Politik durch das Einbrechen vor einer Lobby geriet, brachte der bayrische Ministerpräsident Söder zum Ausdruck, als er Haarschneiden zu einer Frage der Menschenwürde auflud.

Im politischen Betrieb gibt es offensichtlich keine einflussreiche politische Kraft, die den ‚Lockerungen‘ noch Wesentliches entgegensetzt. Selbst die Bundeskanzlerin scheint dem Druck nachzugeben. Als kleine Nicht-Regierungsorganisation wenden wir uns gegen die Politik der ‚Lockerungen‘, die trotz aller Verantwortungsrhetorik nicht darüber hinweg täuschen kann, dass sie real das Leben und die Gesundheit von Menschen aufs Spiel setzt, geradezu damit spielt.

In den Argumentationen um ‚Lockerungen‘ sind Ungereimtheiten und Widersprüche erkennbar, die an Zynismus heran reichen. In der Argumentation für die Öffnung von Kitas wird auf soziale Benachteiligung nicht zuletzt im Bildungsbereich sowie auf psychosoziale Schädigungen hingewiesen. Das alles hat keine Rolle gespielt, als – von den Sozialdemokraten vorangetrieben – Hartz-IV durchgesetzt und die Folgen sozialer Spaltung und wachsender (Kinder-)Armut ignoriert wurden. Wenn es um ‚Lockerungen‘ geht, hat inzwischen sogar die FDP ihr Herz für benachteiligte Kinder und Familien entdeckt. Die nun beklagten sozialpsychischen Folgen gesellschaftlicher Problemlagen spielten keine Rolle beim Abbau in der Förderung entsprechender Institutionen und Projekte. Und vor allem: Kitas und Schulen sind trotz allen Bildungsgetöses letztlich zwecks ‚Verwahrung‘ der Kinder systemrelevant, damit die Arbeitswelt ungestört funktionieren kann – auch und gerade im Blick auf prekäre Beschäftigungsverhältnisse, von deren Einkommen Familien kaum leben können, selbst dann nicht, wenn beide Eltern arbeiten müssen. Die vorgebliche Sorge um die Kinder wirkt in diesen Zusammenhängen ausgesprochen hohl.

Was Politik, Wirtschaft, auch Event- und Kulturindustrie letztlich zu ‚Lockerungen‘ treibt, ist die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität. Zu dieser Normalität gehört – erst recht im Zusammenhang mit den neoliberalen ‚Reformen‘ – das Denken in Kategorien der Selbstbezüglichkeit; schließlich ist jeder sein eigener Unternehmer und hat als ‚unternehmerisches Selbst‘ für sich selbst zu sorgen und ‚Eigenverantwortung‘ zu übernehmen. Eingeklagt wird jetzt das Recht auf den eigenen Urlaub ohne Gedanken an das Lebensrecht der anderen. Beklagt wird der Verlust der unternehmerischen Existenz ohne Gedanken daran, dass andere nicht nur ihre wirtschaftliche Existenz, sondern ihr Leben verlieren. Aus einem solchen mit Hilfe eines Chors aus Politik, Unternehmensberatung und Ratgebern eingeübten und von der Krise des Kapitalismus befeuerten Denken lässt sich nicht so einfach auf ‚Solidarität‘ umschalten, wenn dies auf einmal nützlich erscheint.

Entsprechend fällt in der Diskussion um ‚Lockerungen‘ auf, dass es um die unmittelbaren eigenen Bedürfnisse, die unmittelbaren Interessen der eigenen Branche geht, die kaum mehr in ein Verhältnis zu einem gesellschaftlichen Ganzen, nicht einmal zu einem längerfristig orientierten kapitalistischen ‚Allgemeininteresse‘, und schon gar nicht zu gefährdetem menschlichen Leben gesetzt werden. Koste es, was es wolle, es geht vor allem um die Rückkehr zur kapitalistischen Normalität, und diese ‚Normalität‘ geht verblüffungsresistent ‚über Leichen‘. Im Zweifel hat die Vermehrung des Kapitals um seiner selbst willen immer Vorrang vor Hunger und Tod, vor der Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen mit sich verschärfender Armut, kriegerischen Auseinandersetzungen, Flucht und Tod. Die Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Normalität und ihre Logik steht über allem und ist in allem mit gesetzt. So ist es kein Zufall, dass es auch in der Corona-Krise vor allem darauf ankommt. Dass dahinter die Opfer zum Verschwinden gebracht werden, zeigt selbst das Argument der Überlastung der Intensivstationen durch zu viele PatientInnen. Hinter Quantifizierungen verschwindet die Qualität, der Inhalt, der entscheidend ist: das Leiden derer, die um ihr Leben kämpfen und teilweise isoliert von ihren Angehörigen inmitten eines überforderten medizinischen Betriebs leiden und sterben. In den Diskussionen um ‚Lockerungen‘ verschwindet die Bedrohung des Lebens auch für jüngere Menschen.

Die Politik der ‚Lockerungen‘ läuft im Kern auf eine Politik der Durchseuchung hinaus. Sie entspricht der sozialdarwinistischen Grundorientierung der Kapitalismus, der sich in seiner Krise – schon vor Corona – immer weniger sozial bändigen lässt. Es ist schon Zynismus pur, wenn in einer solchen Situation Bundestagspräsident Schäuble – unter dem Beifall von Ethikern und Theologen – schon früh daran erinnert hat, dass Leben nicht der ‚höchste Wert‘ ist und jetzt Unternehmerverbände den Wert des ‚memento mori‘ – das Leben Eingedenk des Todes –

entdecken. Zynisch sind solche ‚prinzipiell‘ richtigen und wichtigen Einsichten, weil sie dem durchsichtigen Zweck dienen, vermeidbaren Tod zu legitimieren.

Statt mit den ‚Lockerungen‘ die Unmittelbarkeit des Bedürfnisses nach Rückkehr zur kapitalistischen Normalität zu bedienen, käme es darauf an, über diese Normalität und ihren für die Schöpfung, die Grundlagen des Lebens und das Leben vieler Einzelner zerstörerischen Charakter zu reflektieren. Dabei würde deutlich, dass auch der Ausbruch und die Verbreitung mit der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise in Verbindung stehen. Sie ist eine tödliche Normalität, die dringend der Überwindung bedarf – mit und ohne Corona. Diese zentrale Einsicht verbindet uns auch mit Papst Franziskus.